

**PRESEMITTEILUNG****Sondergutachten der Monopolkommission  
zu den Entflechtungsplänen des Bundeswirtschaftsministers**

Aus den folgenden Gründen trägt das Kommissionsmitglied Peter-Michael Preusker das Sondergutachten nicht mit:

Das vorliegende Sondergutachten der Monopolkommission basiert auf einer nicht sehr sicheren, z.Zt. eher unklaren Ausgangslage. Die Regierung hat bisher nur im Koalitionsvertrag angekündigt, dass in das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) als Ultima Ratio ein Entflechtungsinstrument integriert werden soll. Das heißt, Marktbeherrschung als Ergebnis internen Wachstums, die bisher aus gutem Grund nicht geregelt war, soll in Zukunft ähnlich wie Marktbeherrschung durch externes Wachstum (Unternehmensübernahmen, Fusionen) behandelt werden.

Aus diesem Grunde wurde im BMWi der „Entwurf“ eines Referentenentwurfs erstellt, der bisher allerdings weder zwischen den Ressorts abgestimmt wurde noch eine einheitliche Vorgehensweise der Koalition erkennen lässt. Dieser Entwurf ist Grundlage des Sondergutachtens der Monopolkommission.

Mein Hauptkritikpunkt an dem Entwurf ist, dass die sog. objektive Entflechtung bereits aufgrund fehlenden Wettbewerbs ausgelöst werden kann, auch wenn dem oder den betroffenen Unternehmen kein Verstoß gegen nationales oder europäisches Wettbewerbsrecht nachgewiesen werden kann, das Unternehmen sich also völlig unauffällig und marktkonform verhält. Hier hat zwar die Monopolkommission für betroffene Unternehmen eine weitergehende Entschädigungsregelung vorgeschlagen, die auch die Verluste an Größen- und Verbundvorteilen sowie den Wegfall von Innovationsrenten kompensieren soll, aber gleichzeitig richtigerweise auch festgestellt, dass der erforderliche Umfang der Entschädigung ex ante kaum zu quantifizieren ist. Die vorgeschlagenen Regelungen werden also immer nur näherungsweise die tatsächlichen Entflechtungsverluste ausgleichen können. Dass so die im Sondergutachten aufgezeigten negativen Vorfeldwirkungen – wie z.B. Investitionsverzicht im F&E-Bereich – kompensiert werden könnten und die Innovationstätigkeit der Unternehmen nicht beeinträchtigt wird, erscheint sehr zweifelhaft. Für den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt, aber insbesondere auch für die im Fokus stehenden Märkte mit gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, hat dieser Referentenentwurf eine ausgesprochen negative Wirkung.

Nur bei Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung, der klar und nachvollziehbar definiert und nachgewiesen werden muss, wäre nach Versagen aller anderen bereits vorhandenen wettbewerbsrechtlichen Instrumente eine Entflechtung als Ultima Ratio vertretbar.

Besonders irritierend bei dieser Gesetzesinitiative ist, dass die objektive Entflechtung aus Sicht aller Beteiligten kaum Anwendung finden wird, da es für den beschriebenen Tatbestand nicht einmal einen hypothetischen Anwendungsfall gibt (so der Berichterstatter der Unionsfraktion). Das heißt, auch das Drohpotential eines solchen Gesetzes ist aus heutiger Sicht überflüssig und eher kontraproduktiv, denn Leistungsanreize im Wettbewerb verlieren ihre Attraktivität, wenn bei Erfolg Entflechtung droht.